

*Mitglied des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Direktor des Instituts für Staats- und Rechtswissenschaften der Polnischen Akademie der Wissenschaften*

Für Rechtswissenschaftler, insbesondere diejenigen, die sich mit der Problematik des sozialistischen Staatswesens befassen, ist die Teilnahme an der heutigen Konferenz außergewöhnlich interessant und regt zu Reflexionen an. Wir leben in einem Zeitabschnitt, der durch eine Verschärfung des ideologischen Kampfes zwischen Kapitalismus und Sozialismus charakterisiert ist. Diese Verschärfung tritt sehr nachdrücklich auf dem Gebiet der Staatswissenschaft auf. Vor der Staats- und Rechtswissenschaft der sozialistischen Länder steht heute die Aufgabe, sich mit aller Kraft den Anschauungen der Vertreter der bürgerlichen Wissenschaft entgegenzustellen, die im Bündnis mit den revisionistischen und kleinbürgerlich-anarchistischen Elementen nach einer Diskreditierung des sozialistischen Staates und einer Verneinung seiner entscheidenden Rolle beim Aufbau der neuen Gesellschaft streben.

Gestützt auf die Lehren des Marxismus-Leninismus und die Analyse der zeitgenössischen Wirklichkeit, vertreten wir die Meinung, daß nur ein starker sozialistischer Staat, der die Grundfunktionen der Diktatur des Proletariats erfüllt und in dem die kommunistische Partei die führende Rolle spielt, in der Lage ist, den Angriffen der imperialistischen Kräfte wirksam entgegenzutreten, deren Aggressivität — wie aus den Erfahrungen der letzten Monate ersichtlich — sich in der heutigen geteilten Welt keineswegs vermindert.

Für die Stärkung des sozialistischen Staates und seiner Institutionen hat das allseitige Studium der praktischen Erfahrungen und der wissenschaftlichen Errungenschaften der befreundeten sozialistischen Länder sehr große Bedeutung. Bei uns in Polen wird dem Prozeß der Stärkung der Staatsordnung der Deutschen Demokratischen Republik, der sich in erster Linie an der ideologischen Front zwischen Kapitalismus und Sozialismus und im ständigen Kampf mit dem westdeutschen Imperialismus und Revanchismus vollzieht, große Aufmerksamkeit gewidmet. Die Entwicklung des sozialistischen Staatswesens und das Wachstum der Kraft der Deutschen Demokratischen Republik entsprechen zutiefst sowohl unserem nationalen Interesse als auch den internationalen Interessen.

Es ist für uns Polen von großer Bedeutung, daß gerade die Deutsche Demokratische Republik in ihrer gegenwärtigen politisch-gesellschaftlichen Gestalt als starker und souveräner sozialistischer Staat unser westlicher Nachbar entlang der Oder-Neiße-Grenze ist, die von unseren beiden Ländern als gerecht und endgültig angesehen wird. Das Bündnis unserer Länder, das in den Rahmen des Warschauer Paktes eingebaut ist und durch die gemeinsame Freundschaft mit der Sowjetunion zementiert wird, bildet den Grundstein der Außenpolitik unserer Länder und ist die Garantie für unsere Sicher-